

Sitzungsniederschrift

5. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration

Sitzungsort: Landgasthof "Alte Post", Esenser Str. 299, 26607 Aurich		
Sitzungsdatum: 12.07.2022	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:39 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Forster, Hans	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Harald Tammen
de Vries, Kevin	SPD	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Krüsmann, Enno	SPD	
Reinken, Wilhelm	FW im Landkreis Aurich	
Seeberg, Timo	SPD	
Ubben, Hilde	FW im Landkreis Aurich	
Grundmandat		
Tyedmers, Johannes	AfD	
Beratende Mitglieder		
Köhler, Jörg		Erwerbslosen/Arbeitsloseninitiative
Pieschke, Bärbel		Behindertenbeauftragte
Saathoff, Peter		Sozialverband Deutschland, Kreisverband Aurich-Norden
Tobiassen, Bernd		Ausländerbeauftragter

Verwaltung

Hoofdmann, Sandra

Müller, Michael

Leiter Amt 52

Puchert, Dr. Frank

Seemann, Volker

Zuständig für die Widersprüche und
zuständiger Abteilungsleiter Migra-
tion

Nicht anwesend:

Mitglieder

Tammen, Harald

CDU/FDP

Weilage, Udo

CDU/FDP

Beratende Mitglieder

Caspers, Matthias

Arbeitergemeinschaft der Wohl-
fahrtpflege

Frieden, Helene

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regio-
nalverband Weser-Ems

Wilken, Kerstin

Arbeitergemeinschaft der Wohl-
fahrtpflege

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung

 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

 3. Feststellung der Tagesordnung

 4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 04.05.2022 - öffentlicher Teil -

 5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.05.2022 - öffentlicher Teil -

 6. Einwohnerfragestunde

 7. Flüchtlingssituation; Sachstandsbericht

 8. Jobcenter: Jahresabschluss 2019
Vorlage: X/2022/106

 9. Jobcenter: Prüfbericht 2019
Vorlage: X/2022/108

 10. Jobcenter: Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: X/2022/107

 11. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

 12. Einwohnerfragestunde

 13. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Forster eröffnete den öffentlichen Teil der Sitzung um 15.00 Uhr und begrüßte alle Anwesenden.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Forster stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender Forster erkundigte sich, ob Einwände gegen die Tagesordnung erhoben werden. Einwände wurden nicht erhoben.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 04.05.2022 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift vom 04.05.2022 wurde bei 4 Enthaltungen –wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.05.2022 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift vom 12.05.2022 wurde bei 4 Enthaltungen –wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen in der Einwohnerfragestunde vor.



TOP 7 **Flüchtlingssituation; Sachstandsbericht**

Herr Schäfer, Leiter des Ordnungsamtes, stellte den 3. Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation vor (Anlage 1).

Abgeordnete Buschmann erkundigte sich, ob es bereits Erkenntnisse darüber gäbe, wie lange die geflüchteten Menschen im Landkreis Aurich verbleiben würden.

Herr Schäfer erläuterte, dass Rückgänge in die Ukraine nahezu nicht zu verzeichnen seien. Zudem seien Zugänge nicht rückläufig derzeit.

Abgeordneter Albrecht stellte fest, dass der Landkreis Aurich einen schweren Stand habe und kein Weg an Container-Lösungen vorbeiführe. Er wollte wissen, ob die Kinder auch die Schule und den Kindergarten besuchen könnten.

Herr Schäfer antwortete, dass für die ukrainischen Kinder auch die Schulpflicht gelte. Kindergartenplätze könnten je nach Verfügbarkeit ebenfalls in Anspruch genommen werden. Bei der Suche unterstütze der Landkreis Aurich. Herr Schäfer berichtet weiterhin, dass in Utlandshörn ein Erzieher beschäftigt sei, der vor Ort die Kinder betreue.

Abgeordneter Reinken erkundigte sich, wie die Container ausgestattet sind. Er fragte zudem, ob diese auch auf Privatgrundstücken platziert werden könnten.

Herr Schäfer erklärte, dass baurechtliche Fragen zu klären seien in der Standortfrage. Ein Container biete 4 Schlafplätze, sowie einen Tisch und Stühle. Separat seien Sanitäranlagen und Küchencontainer notwendig.

Abgeordneter Reinken stellte fest, wenn Sanitär- und Küchenanlagen separat notwendig seien, es Sinn machen würde, doch in größeren Einheiten zu denken, wie beispielsweise 40 Container auf dem Bundeswehrgelände.

Herr Schäfer erläuterte, dass derzeit in alle Richtungen geprüft werde. In erster Linie sei anzustreben die Wohncontainer an bestehende Unterbringungen anzuschließen.

Herr Köhler bedankte sich für die Ausführungen und stellte die Frage, ob es Erfahrungen gäbe, wie lange die Menschen in den Notunterkünften verbleiben.

Herr Schäfer erklärte, dass die Verweildauer zu Beginn 3-5 Tage betrug. Dies lag insbesondere daran, dass viele Wohnungsangebote vorlagen. Dieser Durchfluss könne derzeit aufgrund der Wohnungssituation nicht mehr ermöglicht werden. Es gäbe auch Menschen die derzeit mehrere Wochen dort verbleiben müssten.

Frau Pieschke teilte mit, dass sie davon ausgehe, dass traumatisierte Kinder eingereist seien. Sie wollte wissen, wie der Landkreis Aurich dieser Situation begegne. Sie bot zudem ihre Hilfe an, sofern beeinträchtigte Menschen unter den geflüchteten Personen seien.

Herr Schäfer antwortete, dass der Landkreis Aurich mit verschiedenen Ärzten und den Kliniken zusammenarbeite. Dennoch könne das sowieso stark nachgefragte Angebot nach psychologischer Betreuung nicht immer bereitgestellt werden. Aus diesem Grund befände sich pädagogisches Personal in den Unterkünften, um die Menschen dort aufzufangen. Beeinträchtigte Menschen seien ebenfalls unter den geflüchteten Menschen, diese konnten bisher ebenfalls gut aufgefangen werden.

Herr Tobiassen erkundigte sich, ob es Zufall gewesen sei, dass eine so große Gruppe Ende Juni eingereist und plötzlich vor Ort gewesen sei. Ebenfalls interessiere es ihn, warum Norden so gezielt angesteuert werde.

Herr Schäfer antwortete, dass das Angebot im Willkommenszentrum über die Grenzen hinaus als ein sehr gutes Angebot bekannt sei und dass dies ein Grund sein könnte, warum Menschen gezielt in den Landkreis Aurich einreisen. Die Gruppe gehörte nach Auskunft von Herrn Schäfer zusammen und wurden von bereits aufgenommenen Flüchtlingen kontaktiert.

Abgeordneter Krüsmann wollte wissen, ob das Begrüßungsgeld ein Grund für die unkoordinierten Zuströme sein könnte.

Herr Schäfer erklärte, dass das „Begrüßungsgeld“ nur ein Vorschuss auf anstehende Leistungen im Rahmen der Dokumentationsstraße sei. Das Geld diene dazu, die Zeit zu überbrücken, bis insbesondere ein Konto eingerichtet wurde. Das Konzept des Willkommenszentrums sei bereits verstärkt angefragt worden.

Abgeordneter Krüsmann erkundigte sich, wie derzeit die Wohnungsbeschaffung verlief.

Herr Schäfer antwortete, dass die Wohnungsbeschaffung in den letzten 14 Tagen wieder positiv verlief. Davor gab es Phasen in denen nicht viele Angebote vorlagen.

Abgeordneter Tyedmers erkundigte sich, wie es sein könne, dass ukrainische Flüchtlinge einreisen, die eigentlich aus den Südstaaten kämen.

Herr Schäfer erklärte, dass dies Menschen seien die bereits aus anderen Ländern in die Ukraine geflüchtet seien und dort eingebürgert wurden.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag und übergab das Wort an Herrn Focken.

Herr Focken, Leiter des Jobcenters, ergänzte den Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation für den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters (Anlage 2).

Herr Köhler erkundigte sich, ob bei den jüngeren Menschen die Bereitschaft vorhanden sei, hier die Schule zu besuchen.

Herr Focken erklärte, dass dies nicht Aufgabe des Jobcenters sei und in den Bereich des Schulamtes falle. Von dort sei jedoch die Information gekommen, dass viele Schüler*innen in den Klassen gelandet seien, sodass sich feststellen ließe, dass die Integration an dieser Stelle gut verlief, ähnlich wie bei der Kinderbetreuung.

Abgeordnete Albers bedankte sich für die Vorträge und betonte, wie wertvoll es sei, dass die geflüchteten Menschen hier schnell Arbeit aufnehmen dürfen. Sie wollte wissen, ob die Menschen die Umstellung vom Asylbewerberleistungsgesetz in Richtung des II. Buches Sozialgesetzbuch gut verstehen. Zudem erscheine ihr die Teilnehmerzahl in den Sprachkursen zu gering.

Herr Focken erklärte, dass alle erforderlichen Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Umstellung stehen, übersetzt wurden und dadurch sehr gute Aufklärungsarbeit geleistet werden konnte. Hinsichtlich der Sprachkurse sei derzeit die Teilnehmerzahl begrenzt, da entsprechend geeignete Dozenten für die Kurse gefunden werden müssten. Die Vorgaben seien an dieser Stelle sehr hoch. Das System müsse sich insgesamt erst aufbauen.

Abgeordnete Ubben erkundigte sich, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, dass die Dauer eines Integrationskurses, beispielsweise durch ein Vollzeitmodell, reduziert werden könnte, damit die Personen schneller am Arbeitsleben teilnehmen könnten.

Herr Focken erklärte, dass die geflüchteten Menschen aufgrund ihrer persönlichen Situation ganz individuelle Ansprüche an einen Integrationskurs hätten. Insbesondere die Frage der Kinderbetreuung spiele an dieser Stelle eine Rolle.

Herr Tobiassen ergänzte, dass derzeit 29 Sprachkurse liefen und dass dies bereits eine enorme Größenordnung sei. Zusätzliche Kurse seien derzeit aufgrund der fehlenden Lehrkräften nicht möglich.

Vorsitzender Forster schloss das Thema damit ab, festzustellen, dass der Landkreis Aurich im Bereich der Flüchtlingsarbeit hervorragend aufgestellt sei. Diesen Umstand habe man ebenfalls den ehrenamtlichen Helfern zu verdanken. Zudem sei zu betonen, dass die Mitarbeitenden des Landkreises Aurich dies zusätzlich zu ihren normalen Aufgaben geschafft haben und bereits vorher ausgelastet waren.

TOP 8 **Jobcenter: Jahresabschluss 2019**
Vorlage: X/2022/106

Herr Wiltfang, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, stellte den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 vor. Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Abgeordnete Albers erkundigte sich, warum nun erst das Jahr 2019 thematisiert werden würde.

Herr Focken, Leiter des Jobcenters, erläuterte, dass dies zum einen mit der Abrechnung, die mit dem Bund vorzunehmen sei und erst im Folgejahr erfolge, zusammenhänge, und zum anderen auch abhängig vom Haushaltsbeschluss des Kreistages sei.

Herr Wiltfang ergänzte, dass sich der Zeitverzug ausgelöst durch den einzuholenden Haushaltsbeschluss ab dem Jahr 2021 erledige, da dies im Zusammenhang mit der damaligen Rechtsform des Jobcenters stehe.



Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Jobcenter: Prüfbericht 2019**
Vorlage: X/2022/108

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Jobcenter: Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: X/2022/107

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Herr Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales, informierte den Ausschuss darüber, dass das Amt für Jugend und Soziales als Sozialhilfeträger auch für den Bereich der ambulanten, teilstationären und stationären Hilfe zur Pflege zuständig sei. Zum 01.09.2022 trete das Tariftreuegesetz in Kraft, welches auch Auswirkungen auf die Vergütungsverhandlungen mit den Leistungserbringern haben werde. Demnach müssten die Leistungserbringer ab diesem Zeitpunkt ihre Mitarbeitenden tarifgebunden vergüten und legen diese gestiegenen Kosten auf die Leistungsbezieher um. Es könne erwartet werden, dass dadurch die Personen die Hilfe zur Pflege in Anspruch nehmen, einen höheren Eigenanteil zahlen müssen und dies dazu führe, dass der Sozialhilfeträger einen höheren Beitrag übernehmen müsse. Ebenfalls könne erwartet werden, dass aus bisherigen Selbstzahlern Sozialhilfeempfänger würden. In welchem Umfang diese Situation den Bereich betreffen werde, könne derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

TOP 12 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortbeiträge in der Einwohnerfragestunde vor.

TOP 13 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Forster schloss um 16.25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Forster
Vorsitzender

gez. Hoofdmann
Protokollführerin